

## **„Integration: Jetzt die Rahmenbedingungen richtig stellen!“**

Christine Kamm, migrations- und asylpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Auf was kommt es jetzt an?**

Integration gelingt umso besser, je schneller damit begonnen wird. Integration setzt Teilhabe an Bildung und Arbeit, Gesundheitsvorsorge und angemessenem Wohnen voraus. Integration erfordert auch eine gute Zusammenarbeit zwischen den neu zu uns Gekommenen und den Menschen der aufnehmenden Gesellschaft. Hauptamtliche und ehrenamtliche Aktive, die sich vor Ort in den Kommunen für Integration engagieren und zum Beispiel Bildungsteilhabe oder einen Arbeitsmarktzugang ermöglichen, sind bei ihrer Arbeit ausreichend zu unterstützen. Kitas, Schulen und Berufsschulen aber auch Erwachsenenbildungseinrichtungen und die Helferkreise, die betroffenen Ämter, sowie Asylsozialberater der Sozial- und Migrationsarbeit oder Kulturschaffende müssen unterstützt werden. Der Staat muss die kommunale Integrationsarbeit angemessen finanzieren und Integrationsakteure wie zum Beispiel Kommunen, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft angemessen unterstützen. Nur soziale Kontakte schaffen Integration!

### **Was brauchen Flüchtlinge, Ehrenamt, Kommunen und Bildungseinrichtungen für die Integration?**

Sie brauchen Verlässlichkeit, Klarheit, Sicherheit. Dies wollen wir mit unserem Integrationsgesetz schaffen. Gleichzeitig sollen die Kommunen bei der Einrichtung kommunaler Integrationszentren finanziell unterstützt und Integrationsstrukturen gestärkt werden. Die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung muss ausgebaut werden und die der Regierenden gestärkt werden. Im Landtag setzen wir uns für eine Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten“ mit den Themenfeldern Sprache und Bildung, Gesellschaftliche und politische Partizipation, Diskriminierung und Rassismus, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnen und Stadtentwicklung, Gesundheit und Pflege, Religion und Weltanschauung, Gleichstellung sowie Kultur und Medien ein.

### **Flüchtlingszahlen**

Ende 2014 waren 627.000 Flüchtlinge in dem Asylsystem in Deutschland. Ende 2015 waren es 1,25 Millionen. Die Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge ist 2015 also um 600.000 Flüchtlinge angestiegen.

Dies entspricht nicht einmal 1 Prozent unserer Bevölkerung. Deutschland ist mit der Aufgabe gefordert, aber nicht überfordert. Problematisch ist, dass Deutschland von

großen Ländern umgeben ist, deren Regierungen sich der Aufnahme der Flüchtlinge fast ganz verschließen.

### **Zahlen zu Migration in Bayern:**

In Bayern leben 2,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, davon 1,7 Millionen Menschen mit eigener Migrationserfahrung.

Unsere Migranten und Migrantinnen sind mit 25 Prozent unter 18 Jahren deutlich jünger, als die einheimische Bevölkerung (mit nur 15 Prozent unter 18 Jahren), auch daher ist gerechte Bildungsteilhabe so wichtig. Aber die Übertrittsquoten an Realschulen und Gymnasien sind bei vielen MigrantInnengruppen unterdurchschnittlich. Während beispielsweise über 40 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium wechseln, tun dies weniger als 20 Prozent der türkischen, albanischen und italienischen Schüler und Schülerinnen, wenngleich sich dies in der zweiten Generation etwas verbessert.

Problematisch ist, dass 6,8 Prozent der Kinder von Migrantinnen und Migranten die Schule ohne Abschluss verlassen. Im Vergleich dazu verlassen lediglich 1,4 Prozent der deutschen Kinder die Schule ohne Abschluss. Ohne Berufsabschluss sind 34 Prozent der Migrantinnen und Migranten, und 11,6 Prozent der deutschen Schüler und Schülerinnen. Armutsgefährdet sind 23 Prozent der Migrantinnen und Migranten und 12,3 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger. (Daten entnommen aus dem Armutsbericht des bayerischen Sozialministeriums)

Integration klappt also in Bayern in sehr vielen Fällen aber nicht durchgängig und nicht immer so gut, wie es wünschenswert wäre. Und: Wenn Integration in Bayern gelingt, dann gelingt sie in vielen Fällen wegen dem Engagement von MigrantInnen und HelferInnen und nicht wegen den bisherigen Aktivitäten der Staatsregierung.

Flüchtlinge, die vor Jahren zu uns kamen, schafften es, trotz fehlender Deutschkurse, fehlender Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, in Arbeit und Wohnung zu kommen. Nach 5 Jahren waren bereits 50 Prozent berufstätig, später noch mehr. Mit besseren Rahmenbedingungen könnte mehr erreicht werden.

### **Wo müssen die staatlichen Rahmenbedingungen verbessert werden?**

#### **1. Bildung:**

Wir brauchen mehr Investitionen in Schulbildung und Erwachsenenbildungsangeboten. Es ist absolut nicht ausreichend, wenn derzeit nur ein Drittel der schulpflichtigen jugendlichen Flüchtlinge einen Platz in einer Integrationsklasse oder ähnlichen Maßnahmen findet und wenn in den Schulen und Kitas es an ausreichend Personal und Ressourcen mangelt. Wir wollen einen frühen

und gesicherten Zugang zu Bildungsangeboten, eine gute Deutschförderung und auch Anerkennung und Förderung der Mehrsprachigkeit.

Im Bereich der Kitas fordern wir, dass der Freistaat für Flüchtlingskinder den kommunalen Anteil von 40 Prozent übernehmen soll und auch kurzfristig realisierbare flexible Lösungen unterstützt werden sollen. Unsere gestellten Forderungen wurden leider im Landtag aufgrund der gegebenen Mehrheitsverhältnisse abgelehnt.

So erfreulich es ist, dass die Zahl der Berufsschulklassen ausgebaut wird und über 9.000 Schülerinnen und Schüler an 124 Berufsschulen einen Hauptschulabschluss nachholen können und so die Voraussetzung für eine Berufsausbildung erwerben können, so bedauerlich ist es aber, dass zwei Drittel der berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen in Bayern noch kein solches Angebot erhalten.

Wir begrüßen den angestrebten Ausbau auf 1.600 Übergangsklassen in den Grund- und Hauptschulen und wünschen uns flächendeckende Angebote auch in den Realschulen und Gymnasien.

In der Erwachsenenbildung brauchen wir flächendeckend Bildungsberatung, eine institutionalisierte Sprachförderung für alle Neuankömmlinge, berufliche Qualifizierungsangebote und eine Finanzierung der erforderlichen Fahrtkosten. Auch brauchen wir geeignete Kursangebote für Frauen mit Kleinkindern und Alleinerziehenden.

Auch die Wege ins Studium sollten leichter werden. Mithilfe einer erleichterten Feststellung der bisher erarbeiteten Qualifikationen, einem erleichterten Zugang zu qualifizierten B2-Deutsch-Kursen, passenden Krankenversicherungs- und BAföG-Regelungen.

## **2. Arbeit:**

Die bisher erbrachten Bildungsleistungen müssen erfasst, wertgeschätzt und durch formale Anerkennung und Brückenmaßnahmen für den deutschen Arbeitsmarkt verwertbar gemacht werden. Ziel der Arbeitsmarktintegration sollte durch Erstausbildung, Anerkennung mitgebrachter Kompetenzen und durch Nachqualifizierung ein deutscher Berufsabschluss sein. Die Vielzahl von mitgebrachten Kompetenzen, Fähigkeiten und Qualifikationen müssen anerkannt und genutzt werden. Für den Beruf und für das Ehrenamt.

Für über 25jährige muss es passgenaue Berufsqualifizierungsangebote geben, um Teilqualifikationen junger Erwachsener zu ergänzen.

Arbeitsagenturen, Jobcenter, Kommunen und Kammern sind darüber hinaus ebenso gefordert die Wege in den Arbeitsmarkt zu ebnen, wie auch Integrationsberater und Ausbildungsscouts.

## **3. Wohnen:**

Eine angemessene Wohnung ist Voraussetzung für Integration, eine angemessene Arbeitsteilhabe und die Bildungschancen der Kinder. Eine Vielzahl von Maßnahmen für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sind erforderlich. In Bayern ist bezahlbarer Wohnraum seit Jahren vielerorts Mangelware. Steigende Mieten, mäßige Bautätigkeit im mittleren und unteren Preissegment und der damit einhergehende Verdrängungsprozess waren schon vor den steigenden Flüchtlingszahlen Realität in bayerischen Ballungsräumen. Die wohnungspolitischen Weichen wurden in Bayern im letzten Jahrzehnt falsch gestellt und die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus viel zu lange vernachlässigt. Weil Wohnen keine Ware, sondern ein Grundbedürfnis ist, ist für alle Menschen im Freistaat - unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus - eine menschenwürdige und angemessene Unterbringung zu gewährleisten. Bis 2019 will der Freistaat im Rahmen unseres neuen Wohnungspakts Bayern 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen fördern. Zu wenig, um die Wohnungsnot zu beseitigen!

Die Wartelisten für Sozialwohnungen in Bayern sind lang: Alleine in München umfasst die Warteliste für Sozialwohnungen derzeit 12.500 Haushalte, in Nürnberg sind es 8.000, in Ingolstadt 1.300 und in Augsburg stehen 1.259 Haushalte auf der Warteliste, davon 285 Haushalte aus der Region. Neu ist, dass inzwischen auch in vielen Klein- und Mittelstädten bezahlbare Wohnungen fehlen.

Flüchtlinge haben in diesem Wohnungsmarkt zu wenige Chancen! Ende Januar waren 2.000 anerkannte Flüchtlinge in Bayern auszugsberechtigt. Diese Zahl wird deutlich anwachsen, da von den circa 120.000 Flüchtlingen im Asylsystem in Bayern mehr als 60 Prozent anerkannt werden dürften.

#### **4. Partizipation und Beteiligung im Ehrenamt**

Migrantinnen und Migranten sollten im Gemeinwesen und seinen Gremien angemessen vertreten sein, es gilt, MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen hierbei angemessen zu fördern und zu unterstützen. Nicht nur bei der Integration der Nachkommenden leisten sie wertvolle Arbeit. Eine aktive Förderung der Vereinsarbeit ist sinnvoll!

Ihre mitgebrachten Fähigkeiten und Kompetenzen gilt es zu erfassen. Nicht nur für ihre Arbeitsintegration ist dies sinnvoll, hilfreich ist es auch, wenn sie diese im Ehrenamt einsetzen können, ob im Sport, in der Musik, oder in der Kunst.

#### **5. Kulturelle Teilhabe**

Kulturarbeit ist für die Integration enorm wichtig. Die eigene Identität, Kultur und Geschichte muss weiter gepflegt werden können.

## **6. Aufnahmezentren (und Abschiebezentren)**

Wenn das BAMF sich rühmt, dass Verfahren in sechs Wochen rechtsstaatlich abgeschlossen werden können, besteht kein Grund, Flüchtlinge sechs Monate in diesen Zentren zu belassen, von wo aus sie sich nicht integrieren können und das Bildungsrecht der Kinder mit Füßen getreten wird. Wir werden die Zukunft der Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und Bamberg auch weiterhin kritisch begleiten.

## **7. Rassismus bekämpfen**

Hier besteht in Bayern noch großer Handlungsbedarf. Immer häufiger werden Worte zu Taten. Das zeigen die offiziellen Zahlen zu rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten. Besonders besorgniserregend ist der extreme Anstieg der gemeldeten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Deren Zahl war bereits 2014 erschreckend hoch (25) und hat sich im vergangenen Jahr nochmal mehr als verdreifacht (77). Die Aufklärungsquote nach Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte ist hingegen – insbesondere im Vergleich zur allgemeinen Aufklärungsquote in Bayern (72,5 Prozent) – weiterhin sehr niedrig. In 65 der 77 Ermittlungsverfahren konnte kein Tatverdächtiger ermittelt werden. In Folge der acht Brandanschläge, die im Jahr 2015 offiziell registriert wurden, konnte noch gar kein Täter ermittelt bzw. zur Verantwortung gezogen werden (Stand: jeweils April 2016).

## **8. Integrationsakteure stärken, mehr Geld in die Kommunen**

Neben Bildungseinrichtungen, Helferkreisen, Agenturen, Wirtschaft u.a. sind dies vor allem die Kommunen. Nach Informationen des Städtetags haben die Flüchtlingskosten allein für die 96 kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern im vergangenen Jahr über 200 Millionen Euro betragen.

An Unterbringungskosten für anerkannte Asylbewerber erwartet der Städtetag dieses Jahr und nächstes Jahr über 300 Millionen Euro. Der Städtetag fordert Entlastung bei den KdU-Kosten (die Kosten für Unterkunft und Heizung) zumindest im ersten Jahr nach der Anerkennung. Auch für Kindergärten und Schulen sind nach Schätzung des Vizepräsidenten Dr. Ulrich Maly in den nächsten Jahren sehr hohe Ausgaben notwendig. Mittelfristig rechnet Maly damit, dass die Neuankömmlinge sich für die deutsche Gesellschaft auszahlen: 75 Prozent der Flüchtlinge seien unter 35 Jahren alt, deswegen vielen sehr geringe Kosten für die Grundsicherung im Alter an.

## **9. Fluchtursachen bekämpfen**

Hierzu müssen falsche Politiken beendet werden: Eine Landwirtschaftspolitik, die mit ihren Futtermittelimporten und ihren Exportüberschüssen von Milch und Fleisch empfindlich regionale Märkte stört, ist ebenso wenig zukunftstauglich wie eine Handelspolitik, die sich am freien, aber nicht am fairen Handel orientiert.

## **10. Fördern und Fordern**

Leider ist in dem Integrationsgesetzentwurf der Staatsregierung nichts zum Fördern aufgeführt und auch nicht viel zum Fordern, stattdessen viel davon, dass MigrantInnen sich an kulturelle Regelungen, Brauchtum und Gebräuche halten sollen, die unbestimmt und Unklar sind. Wir stehen gegen Ausgrenzung und Abwertung!

### **Roll Back in der Integrationspolitik verhindern.**

Viel Positives ist im letzten Jahr aufgebaut worden und entstanden. Der Dank hierfür gilt allen Verantwortlichen in den Kommunen, Verwaltungen, bei den Rettungsorganisationen, der Polizei und den Helferkreisen. Wir unterstützen die entstandenen dezentralen Strukturen und wollen nicht, dass diese aus ideologischen Überlegungen rückgebaut werden. Vielmehr sollen dort, wo es gilt, Turnhallen und andere schlechte Unterkünfte rückzubauen, oder überteuerte Einrichtungen abgelöst werden sollen, auch weiterhin neue dezentrale Einrichtungen geschaffen werden können. Die Staatsregierung versprach uns, entsprechende Ankündigungen auf Auflösung dezentraler Strukturen zu modifizieren.

Aufnahmezentren, in denen Ehrenamtliche keinen Zutritt erhalten und die Schulpflicht hinter asylrechtlichen Regelungen zurückstehen soll – wie es leider in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen geschieht – lehnen wir ab! Ein halbes Jahr oder länger darf Kindern das Recht auf Bildung nicht verwehrt werden.

### **Europa muss zu seinen Menschenrechten stehen!**

Kein Europäer will, dass Menschen zu Tausenden ertrinken. Aber viele Länder nehmen kaum Flüchtlinge auf. Umso wichtiger ist ein eindeutiges EU-Mandat, Menschen zu retten und eine klare Lösung für die Flüchtlinge in Europa zu erarbeiten. Absolut enttäuschend ist der Vorschlag der EU Kommission von Ende April 2016: Die ins Auge gefasste Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten anhand einer Quote wurde fallengelassen, auch die Dublin Regelung soll nicht abgeschafft werden, das heißt, Flüchtlinge müssen weiterhin in den Ländern bleiben, in denen sie angekommen sind. Abgesehen von der Tatsache, dass Italien und Griechenland dadurch überfordert sind, sollen Flüchtlinge schärfer bestraft werden, wenn sie ihr Ankunftsland verlassen. Als Korrektiv hat die EU-Kommission einen fragwürdigen finanziellen Ausgleich für die Länder angedacht, die überdurchschnittlich stark belastet werden. Davon haben die schlecht untergebrachten Flüchtlinge, die aufgrund der Überforderung der Behörden nicht mal einen Asylantrag stellen können, nichts.

Wir brauchen legale Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge nach Europa und ein Mitsprecherecht der Ankommenden, in welchem Land sie leben möchten, und ein Einwanderungsgesetz.